Harald Stadler

Ortsvorsteher

Bornheim, den 18. März 2014
Pützweide 9
Telefon: 02222-1832
E-Mail: stadler-bornheim@t-online.de

Stadt Bornheim
Herrn Bürgermeister
Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2

Herrn
Wilfried Hanft

53332 BORNHEIM

**Antrag zum Tagesordnungspunkt 16, Sitzung des VPLA am 26. März bzw.
2. April 2014,
hier: Änderungsanträge zur Vorlage 100/2014-9**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,
Sehr geehrter Herr Hanft,

in der Vorlage 100/2014-9 schlägt die Verwaltung dem Ausschuss Kenntnisnahme vor. Zu diesem Antrag der FDP-Kollegen beantrage ich folgende Punkte zur Abstimmung zu stellen:

- **Der VPLA beauftragt den Bürgermeister bei Kanalbaumaßnahmen, die wie derzeit in Roisdorf eine mehrmonatige Sperrung von Hauptsammelstraßen (Schussgasse und K5) zu Folge haben, vor Beginn der Baumaßnahme eine Anliegerversammlung durchzuführen. In dieser Versammlung wird die Tiefbaumaßnahme und die voraussichtliche Dauer der Straßensperrung erläutert. Es muss Gelegenheit zur Aussprache und Vortrag von Anregungen möglich sein. Durch Handzettel wird informiert und eingeladen.**

Als neue Verfahrensschritte bei zukünftigen **Straßenneubaumaßnahmen** beantrage ich folgende Vorgehensweise:

- **Zur ersten Beratung einer Straßenausbaumaßnahme im zuständigen Fachausschuss werden die Anlieger und die Grundeigentümer durch die Stadt Bornheim im Amtsblatt eingeladen.**
- **Nach der Beratung im Fachausschuss und vor einer städtischen Anliegerversammlung werden die Anlieger und die Grundeigentümer mit Anschreiben von der Stadt über dieses Beratungsergebnis informiert. Diesem Schreiben ist eine farbige Gesamtplanansicht des Straßenplanentwurfes (mindestens im Format A3) beizufügen. Ferner erhält jeder Haus- bzw. Grundeigentümer zusätzlich einen detaillierten farbigen Planausschnitt, in der Größe 1:500 von seinem Grundstück mit dem neuen Straßenabschnitt. Die Anlieger werden gebeten ihre Anregungen/Änderungswünsche schriftlich bis zu einem bestimmten Termin einzureichen.**

- **Spätestens 10 Tage vor der der Anliegerversammlung werden die Anlieger und die Grundeigentümer durch die Stadt schriftlich eingeladen. Die Verwaltung erläutert die vorliegende Entwurfsplanung und geht so weit wie erforderlich auf die bis dahin eingereichten schriftlichen Anregungen und Abänderungswünsche der Anlieger ein. In dieser Anliegerversammlung können weitere Wünsche vorgetragen und zu Protokoll gegeben werden, sofern sie nicht schriftliche eingereicht werden. Über den Verlauf der Anliegerversammlung wird ein Protokoll angefertigt.**
- **Der Fachausschuss berät anschließend erneut die Straßenplanung und ändert ggf. den Planentwurf. Danach lädt die Stadt Bornheim erneut zu einer zweiten Anliegerversammlung ein. Der neue Plan, ob überarbeitet oder nicht wird nun letztmalig den Anliegern und Grundeigentümern öffentlich vorgestellt und erläutert. Es können auch hier weitere Anregungen zu Protokoll gegeben werden. Über den Verlauf der Anliegerversammlung wird ein Protokoll angefertigt.**
- **Dieses Protokoll wird dem Fachausschuss mit einem zu begründenden Beschlusssentwurf vorgelegt. Der Ausschuss entscheidet in dieser Sitzung abschließend.**

Begründung zum Bürgerbeteiligungsverfahren beim Kanalbau:

In meiner Anliegerversammlung vom 17. März 2014, über die Kanalbaumaßnahme Brunnenstraße/Brunnenallee, wurde von mehreren Anliegern das Informationsverfahren des Abwasserwerkes kritisiert. Da offensichtlich nicht alle Anlieger, sondern nur die Immobilieneigentümer schriftlich informiert wurden, waren Mieter bis kurz vor Beginn der Tiefbauarbeiten nur teilweise oder gar nicht über die Absperrmaßnahme informiert. Bürger aus dem Roisdorfer Oberdorf wurden nicht informiert. Daher war der Unmut über die Informationspolitik des Abwasserwerkes sehr groß. Laut Dienstanweisung für Ortsvorsteher (OV) muss jeder OV durch Handzettel die Bürgerschaft informieren, wenn denn der Fachbereich diese Bürgerinformation uns Ortsvorsteher zur Verfügung stellt. Im Fall Roisdorf habe ich dies aus gegebenem Anlass in Eigeninitiative übernommen. Darüber hinaus sollten wir, wie z. B. die Gemeinde Eitorf, bei größeren Tiefbaumaßnahmen die Bürgerschaft in einer Anliegerversammlung ausführlich durch den Fachbereich informiert, wie bei einer Straßenbaumaßnahme.

Begründung zum Bürgerbeteiligungsverfahren beim Straßenneubau:

Mit Schreiben vom 12. Januar 2012 hatte die Anliegergemeinschaft Friedrichstraße (Ortsteil Roisdorf) dem Bürgermeister Vorschläge unterbreitet, wie zukünftig eine Anliegerinformation bzw. Anliegerbeteiligung beim geplanten Ausbau ihrer Wohnstraßen vonstattengehen sollte. Wenn Anlieger bis zu 90 Prozent der Ausbaukosten einer Straße mitfinanzieren müssen, muss ihnen ein größeres Mitwirkungs- und Informationsrecht eingeräumt werden, als dies sonst in einer repräsentativen Demokratie üblich ist. Diese Ansicht vertrete ich schon seit 2002, als der Stadtrat ein umfangreiches Straßenausbauprogramm beschloss. Den Sachverstand den eine Anliegergemeinschaft und/oder die Grundeigentümer einbringen führten vielfach u. a. auch zur Baukostenreduzierung und optisch besseren Lösungen als in den Straßenneubauentwürfen von externen Planungsingenieuren dargestellt wurde. Ich habe daher bei allen Baumaßnahmen in Roisdorf die Bürger vor einer städtischen Vorstellung der Straßenneubaumaßnahme persönlich über die Ausbaupläne informiert. Wenn Anlieger mit Sach- und Vorkenntnis in eine Anliegerversammlung gehen, wird das

gemeinsam erarbeitete Ergebnis einer Anliegerbeteiligung von den meisten Bürgern als fair angesehen. Die Akzeptanz ist auf jeden Fall höher, als wenn die Entwurfsplanung nur einmal kurz vorgestellt wird und anschließende so oder nur mit marginalen Änderungen dann die Straße gebaut wird.

Auch wenn diese Vorgehensweise zu einem höheren Arbeitsaufwand innerhalb der Verwaltung führt, der aber sicherlich in die Straßenausbaukosten miteinbezogen wird, wird am Ende dieser neuen Anliegerbeteiligung sicherlich eine höhere Akzeptanz bei den Betroffenen vorliegen, als dies heute vielfach der Fall ist. Der Vorgang „Friedrichstraße“ hat gezeigt, wie durch engagiertes Einschreiten der Anliegergemeinschaft so mancher Planungsfehler beseitigt und am Ende, trotz der komplizierten Ausgangslage, ein gutes Ergebnis erzielt werden konnte.

Ich bitte alle Kollegen diese Anträge einer neuen Anliegerbeteiligungsform in den Beschlussentwurf der Stadtverwaltung mit einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Stadler